

Die IM-Reihenuntersuchung verkommt zur Farce

Zur Bewertung politischer Schuld in der DDR reicht der Stempel „Gauck-negativ“ nicht

Anmerkungen von Michael Beleites

Von Stasi will inzwischen kaum noch einer etwas hören. Das öffentliche Interesse an der Bewertung politischer Schuld aus der DDR-Zeit erlahmt. Es zeigt sich immer mehr, daß die bisher übliche Praxis, die mit ja oder nein zu beantwortende IM-Frage - und nur die IM-Frage - pauschal mit einem „belastet“ oder „unbelastet“ zu übersetzen, eigentlich nicht haltbar ist. Nun scheint es so, als ob den Akten ohnehin keine Bedeutung mehr beigemessen wird und sich damit die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte erledigt hätte, zumindest dort wo es um Personalfragen geht. Noch ist nicht alles zu spät, es ist allerdings dringend nötig, die Fragestellung über die Spitzel-Problematik hinaus auszudehnen und die von der politischen Repression Betroffenen in die Aufarbeitung mit einzubeziehen.

"Ich bin überprüft" - sagen heute viele frühere Betriebsdirektoren, Kampfgruppenkommandeure, SED-Funktionäre, CDU-Kreisvorsitzende, MdI-Bonzen, NVA-Oberste, ZV-Kriegsplaner, Volkspolizisten, Wismut-Chefs und Schuldirektoren. Alle meinen damit, weil sie nicht als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Stasi geführt wurden, seien sie "unbelastet". Die Frage nach ihrer politischen Vergangenheit ist damit beantwortet oder genauer: sie hat sich erübrigt. Sollte man nicht die Frage nach der Beteiligung am realsozialistischen Repressionssystem etwas weiter fassen?

Die inzwischen routinemäßige IM-Reihenuntersuchung verkommt zur Farce, wenn für viele Mitschuldige das Ergebnis "Gauck-negativ" zum absoluten Persilschein taugt. Natürlich ist die Frage nach der inoffiziellen und heimlichen Beteiligung an der politisch begründeten Unterdrückung sehr wichtig, aber sie darf nicht zu einer Ersatzhandlung für die eigentlich zuerst zu stellende Frage nach der offiziellen und sichtbaren Beteiligung an der politisch begründeten Unterdrückung werden.

Viele - auch heimliche - Stasi-Helfer brauchten gar nicht erst als IM oder bei als "staatsbewußt" bekannten Leuten als GMS ("Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit") verpflichtet zu werden. Für Leute in staatlichen Leitungsfunktionen galt es als selbstverständlich, daß sie der Stasi bei der Durchsetzung ihrer Pläne

halfen. Das lief bei der Stasi alles unter dem Kürzel POZW: "politisch-operatives Zusammenwirken". Extra POZW-Akten gab es nicht, die POZW-Aktionen sind aber zum Teil sehr detailliert in den OV-Akten dokumentiert, also in den Akten über die systematisch Verfolgten, den "Operativen Vorgängen".

[...]

Als die Stasi mich 1988 wegen meiner in 1000 Exemplaren vervielfältigten Dokumentation "Pechblende" über die Folgen des Uranbergbaus im Wismut-Gebiet "disziplinieren" wollte, fanden sich mehrere Stasi-Ärzte, die inszenierte Empörungs- und Drohbriefe schickten. Der Ärztliche Direktor des Weidaer Krankenhauses bot sich freiwillig an, mich zu einem Gespräch einzuladen und mich dabei nach der geplanten Neuauflage auszufragen. In seinem für die Stasi geschriebenen Bericht heißt es unter anderem: "Während des Gespräches wurde ich wie bei der Ausübung des Dienstes üblich, durch insgesamt 4 z.T. längere Telefongespräche unterbrochen. ... Während dessen sah er sich ziemlich auffällig (nicht routiniert unauffällig) im Zimmer um. Dabei blieben seine Augen an Buchtiteln wie z.B. 'Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED' lange hängen. Ich hatte den Eindruck, daß ihn das zusätzlich verunsicherte."¹ Wie gesagt, er hatte seine Dienste von sich aus der Stasi angeboten, er war als "Staatlicher Leiter" für die Stasi "Partner im POZW" also kein IM und er würde aus jeder der heute üblichen Stasi-Überprüfungen als "unbelastet" hervorgehen.

Neben denen, die inoffiziell oder halboffiziell als Stasi-Helfer agierten, gab es natürlich auch ziemlich viele Leute, die ganz offiziell im Auftrag der Stasi an der Durchsetzung der repressiven SED-Sicherheitspolitik mittaten, z. B. die Genossen aus den Abteilungen Inneres, die auftragsgemäß Veranstatungsverbote aussprachen, die Volkspolizisten, die begründungslos von der Stasi kommende Reiseablehnungen unterschrieben, die Zollkontrolleure, die auf Anweisung der Stasi-Paßkontrolleure Tiefenkontrollen durchführten und "antisozialistisches Schriftgut" beschlagnahmten. Desweiteren gab es viele, die indirekt aber ebenso bewußt der Stasi in die Hände arbeiteten, so Schuldirektoren, die im vorausseilenden Gehorsam kritischen Schülern den Zugang zum Abitur verwehrten, Superintendenten, die um Ruhe zu haben, kirchliche Basisgruppen verhinderten und Mitarbeiter von Umweltbehörden, die Daten unter Verschuß hielten oder sogar fälschten, um eine "unnötige Beunruhigung zu vermeiden".

Der CFK-Mann (Christliche Friedenskonferenz – d.Red.) Heinrich Fink, der jahrzehntelang den DDR-Sozialismus in den höchsten Tönen gelobt hat und für jeden Schritt in Richtung Militarisierung eine christliche Begründung nachschob und damit den unabhängigen systemkritischen Friedensgruppen in schlimmer Weise in den Rücken gefallen ist, gilt nun plötzlich wieder als "unbelastet", nur weil ein Berliner Arbeitsgericht die IM-Dokumente der Gauck-Behörde nicht als Beweis anerkannte. Joachim Gauck sagte Anfang dieses Jahres vor einer Tagung der Evangelischen Akademie in Berlin, er sei froh, daß ein als IM geführter

¹ Die vollständigen Dokumente sind nachzulesen in: Michael Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. BasisDruck Verlag Berlin, 1991.

Landtagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern nicht aus seiner Fraktion ausgeschlossen wurde, weil aus den Akten hervorging, daß die Stasi-Leute, mit denen er über innerkirchliche Dinge sprach, sich bis zum Schluß als MdI-Leute ausgegeben hätten, er also nicht gewußt habe, daß es sich um die Stasi handelt. Ich denke, genau dies ist der falsche Ansatz für Differenzierungen. Für mich ist es völlig unerheblich, mit wem jemand zu tun hatte, entscheidend ist, was er dort getan hat. Die Zielrichtung des Ministeriums des Innern der DDR war ja keine grundsätzlich andere als die des MfS.

Mir erscheint es so, als ob man aus der Hilflosigkeit bei der Bewertung der sichtbaren Schuld heraus, dazu übergegangen ist, die IM-Frage zum einzigen Kriterium zu machen. Und das dann gleich so pauschal, daß die Frage "IM - ja oder nein" über alles entscheidet, nicht nur über in öffentlichen Ämtern "verwendbar" oder "nicht verwendbar", sondern über gut und böse schlechthin. Dabei sind das Maß und die Art der Schuld bei inoffiziell Verstrickten genauso vielfältig wie bei offiziell Verstrickten. Die meisten IM's haben ganz bewußt und planmäßig ihre Kollegen, Bekannten und ihre "Freunde" verraten und oft sogar auftragsgemäß Gerüchte gestreut und Konflikte inszeniert, um Systemkritiker zu diskreditieren und Gruppen zu sprengen. In der Regel war nicht der Erhalt des Systems das bestimmende Motiv der Stasi-Agenten, sondern die Nähe zur Macht. Man wollte sich beim Führungsoffizier, der sich als nahezu allmächtig ausgab, beliebt machen.

Aber es gab auch eine ganze Reihe von IM, die - egal ob sie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben haben oder nicht - keine Stasi-Helfer waren, sondern sich darum bemühten, etwas für die Leute zu tun, gegen die sie arbeiten sollten. Als mir 1987 ein Freund aus Zeitz anvertraute, daß er unter Druck eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte und dann nach mir befragt wurde, habe ich ihn ausdrücklich gebeten, den Stasi-Kontakt nicht sofort wieder abzubrechen sondern über mich ein möglichst "positives" Bild zu vermitteln.

Über ein halbes Jahr lang haben wir jeden Bericht vorher gemeinsam durchgesprochen und versucht, die Stasi an der Nase herumzuführen. Als dann die gegen mich bestehende Reisesperre in die östlichen Länder einschließlich Tschechoslowakei immer noch nicht aufgehoben war, wurde uns klar, daß dies alles keinen Zweck hatte er brach seinen Stasi-Kontakt ab. [...]

Auch in der Bewertung der Taten wird man die Täter nicht allein nach ihren Akten beurteilen können, diejenigen, um die es in den Berichten geht, sollten da schon mit zurate gezogen werden. Der vor einiger Zeit als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) der Stasi enttarnte Magdeburger Oberkirchenrat, Detlef Hammer, kommt mindestens in einem Fall in den Akten wesentlich schlechter weg als er war. Nachdem mich verschiedene Stasi-Helfer auftragsgemäß aus dem Geraer Museum herausgedrängt und mir dann eine Gewerbeerlaubnis als Präparator verwehrt hatten, begann man, mir wegen der fehlenden Gewerbeerlaubnis Schwierigkeiten zu machen.

Ich fuhr daraufhin nach Magdeburg und ließ mich von dem Kirchenjuristen Detlef Hammer beraten. Er sagte mir, solange ich eine Steuernummer hatte und auch Steuern bezahlte, sei das Ganze nur als Einschüchterungsversuch zu bewerten. Es gebe in diesem Fall keine juristische Notwendigkeit einer Gewerbeerlaubnis, ich brauche mich von den staatlichen Drohungen in keiner Weise beeindrucken zu lassen, und falls es ernsthafte Schwierigkeiten geben sollte, könnte ich mich jederzeit wieder an ihn wenden. Der Stasi hatte er mitgeteilt, daß er alles dafür getan hätte, mich wieder in den sozialistischen Arbeitsprozeß zurückzubefördern. In meiner Akte steht nun ein Satz, der überhaupt nicht den Tatsachen entspricht: "Er wurde durch den Rechtsberater darauf hingewiesen, daß er sich der Gefahr der Asozialität aussetzt, womit er als kriminell gefährdet erfaßt werden kann." Zumindest in diesem Fall hat der OibE "Günter" nicht auf der Seite der Stasi, sondern auf der Seite des Betroffenen gestanden. Nur weil er sich gegenüber der Stasi fälschlich als pflichtbewußter Erfüllungsgehilfe dargestellt hat, sieht seine Akte wesentlich finsterner aus als sein Handeln war - jedenfalls wenn die Akte ohne die Betroffenen ausgewertet wird. Er selbst kann sich dazu nicht mehr äußern, er wurde im vergangenen Jahr an seinem 40. Geburtstag tot in seiner Wohnung aufgefunden. "Herzversagen" hieß es und niemanden hat es gekümmert. Vielleicht hätte sein Herz nicht versagt, wenn die Kirche nicht mit einer Mischung aus Vertuschung und Interesselosigkeit dem Stasi-Problem ausgewichen, sondern mit einer gründlichen und differenzierten Aufarbeitung vorangegangen wäre. [...]

Wenn es um die Bewertung politischer und moralischer Schuld geht, muß die Perspektive der Verfolgten Priorität haben. Nur diejenigen, um deren Bespitzelung und Verfolgung es in den Akten geht, können sagen, welche "Maßnahmepläne" von den Stasi-Helfern tatsächlich ausgeführt wurden, welche nicht und in welchen Fällen die Agenten von sich aus über ihren Auftrag hinaus die Dinge zugespitzt haben - auch das gab es. Bei vielen IM's, aber auch bei ihren Führungsoffizieren, gab es die Tendenz, alles gefährlicher und dramatischer darzustellen als es war. Schließlich bemühte sich jeder Stasi-Mitarbeiter darum, seinen Tätigkeitsbereich gegenüber den Vorgesetzten aufzuwerten so gut er konnte.

Während man sich bisher vergeblich darum bemühte, allgemeingültige Kriterien für die Entscheidung über die "Weiterverwendbarkeit" politisch belasteter Personen in öffentlichen Ämtern zu finden, gibt es kaum Bestrebungen, die früher politisch Verfolgten in den Klärungsprozeß einzubeziehen. Die "Bereinigung" der politischen Schaltstellen und öffentlich-rechtlichen Instanzen von Angehörigen des realsozialistischen Repressionssystems geschieht ohne die Hinzuziehung der von der Repression Betroffenen. Da bleibt die Frage, in wessen Interesse die Erneuerung eigentlich stattfindet. Man kommt sehr schnell zu der Vermutung, daß es mit dem Auswechseln von einigen Personen oft gar nicht um eine politische und moralische Erneuerung geht, sondern um eine Alibihandlung, damit jede kritische Frage nach der Personalpolitik mit dem Satz totgeschlagen werden kann: "Wir sind überprüft."

Natürlich will ich hier nicht dafür plädieren, die Akten wieder zu schließen. Mir geht es darum, den Opfer-Akten und den Opfern selbst, also der Akteneinsicht für Betroffene endlich die nötige Priorität zu verschaffen. Über die Frage, wer alles zur Stasi gehörte, ist nämlich fast völlig vergessen worden, die Frage zu klären, was die Stasi eigentlich getan hat. In der Öffentlichkeit gibt es bis heute nur sehr abstrakte und oft falsche Vorstellungen von "flächendeckender Bespitzelung", "Menschenjagd" und "Einkerkerungen". Entsprechend dem öffentlichen Diskussionsstand werden heute lediglich Haftzeiten als zu entschädigende Repressionsakte des DDR-Staates anerkannt.

Völlig unbekannt ist immer noch in welchem Ausmaß die in "Operativen Vorgängen" gezielt verfolgten Systemkritiker systematisch kaputtgemacht wurden, ohne sie ins Gefängnis zu bringen. [...] "Zersetzung" hieß das üble Spiel der heimlichen Verfolgung im Stasi-Deutsch.

Die „zersetzungsmaßnahmen“ reichten von der "systematischen Diskreditierung" über die "systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge" bis zum "örtlichen und zeitlichen Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen", so die im Januar 1976 erstellte Stasi-Richtlinie 1/76 über Operative Vorgänge. [...] Wer mit einem Operativen Vorgang „bearbeitet“ wurde, hatte es mit Psycho-Terror zu tun, und zwar über Jahre hinweg. Man sollte auch einmal über diese Leute sprechen, und nicht nur über die Spitzel. Ein Grund dafür ist sicher auch, daß erst wenige „OV-Personen“ ihre Akten lesen konnten. Auch in der Gauck-Behörde wird mit einem sehr viel größeren Aufwand nach den IM-Akten gesucht als nach den OV-Akten. Dabei ist die Zahl der systematisch Verfolgten wesentlich geringer als die der Verfolger.

[...]

Es stünde Joachim Gauck und Hansjörg Geiger nun gut zu Gesicht, sich auch um die Personalpolitik und um die Arbeitsabläufe innerhalb der Behörde zu kümmern. Dabei sollten sie sich auch von denen beraten lassen, die in der DDR politisch Verfolgte waren und sich seit Dezember 1989 um die Auflösung und Aufarbeitung der Stasi bemüht haben. [...]